

50 Jahre „Öffentliche Betriebswirtschaftslehre und Nonprofit Management“ an der Johannes Kepler Universität Linz

Reinbert Schauer*

Mit der Berufung von Prof. Dr. Theo Thiemeyer auf die Lehrkanzel „Betriebswirtschaftslehre der öffentlichen Verwaltung und der öffentlichen Dienste“ im Oktober 1970 wurde der Grundstein für 50 Jahre „Öffentliche Betriebswirtschaftslehre und Nonprofit Management“ an der Linzer Universität gelegt. Dieser Beitrag gibt einen Überblick über die Entwicklung des Faches in dieser Zeit.

1. Die Anfänge: Das Wirken Theo Thiemeyers

Im Jahr 1969 beantragte das Professorenkollegium der Sozial-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaftlichen Fakultät der damaligen Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Linz beim zuständigen Ministerium für Unterricht die Einrichtung einer Lehrkanzel für Betriebswirtschaftslehre der öffentlichen Verwaltung und der öffentlichen Dienste (JKU-Archiv 1). Dies bedeutete für Österreich ein absolutes Novum, da sich die Betriebswirtschaftslehre bis zu diesem Zeitpunkt vornehmlich nur mit marktorientierten, erwerbswirtschaftlich ausgerichteten Unternehmen beschäftigte. Auch für das gesamte deutsche Sprachgebiet bedeutete diese Initiative eine Innovation, da es hierzu nur in Mannheim (Erwin Grochla) und in München (Karl Oettle) Vorbilder gab.

Im Jahr 1970 wurde Prof. Dr. Theo Thiemeyer, Köln, auf diese Lehrkanzel berufen, am 30. Oktober 1970 trat er seinen Dienst in Linz an. Er wurde 1929 in Köln geboren, studierte an der Universität zu Köln, wo er 1963 bei Gerhard Weisser promovierte und sich 1968 habilitierte. 1971 wurde er zum Vorstand des über seinen Antrag eingerichteten Instituts für Betriebswirtschaftslehre der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen (IBGU) bestellt. Die unterschiedliche Benennung der Lehrkanzel und des Instituts führte anfangs zu Diskussionen im Professorenkollegium (JKU-Archiv 2), Thiemeyer legte aber darauf einen besonderen Wert. Damit sollte seinen besonderen Forschungsinteressen auch nach außen hin besser Ausdruck verliehen werden. In der Begründung für die Errichtung des Instituts führte Thiemeyer aus, dass die bisherige Beschränkung der Betriebswirtschaftslehre auf den privatwirtschaftlichen Bereich diejenigen Besonderheiten der öffentlichen Unternehmen unbeachtet lässt, „die für diese Unternehmen von entscheidender Bedeutung sind und sie zu Instrumenten der allgemeinen Wirtschaftspolitik machen“ (JKU-Archiv 3).

Bereits in seiner Dissertation „Grenzkostenpreise bei öffentlichen Unternehmen“ (Köln und Opladen 1964) untersuchte er die Preistheorie der herrschenden Nationalökonomie im Hinblick auf ihre Ergiebigkeit für die Betriebswirtschaftslehre öffentlicher Unternehmen. Insbesondere das Problem der „Wohlfahrt-Ökonomie“ und damit zusammenhängende wissenschaftstheoretische Grundsatzfragen hat Theo Thiemeyer eingehend behandelt. Es beschäftigte ihn in seiner Habilitationsschrift „Gemeinwirtschaftlichkeit als Ordnungsprinzip: Grundlegung einer Theorie gemeinnütziger Unternehmen“ (Berlin 1970), aber auch in seiner „Wirtschaftslehre öffentlicher Betriebe“ (Reinbek bei Hamburg 1975), die in großen Teilen wäh-

* Der Autor dankt Univ.Prof. Dr. Dennis Hilgers, a.Univ.Prof. Dr. René C. Andeßner und Priv.Do. Dr. Sandra Stötzer für wertvolle Hinweise, insbesondere zum Abschnitt „6. Neue Forschungsbereiche“.

rend seiner Tätigkeit in Linz entstand. Thiemeyer vertrat die Auffassung, dass die volkswirtschaftliche Bedeutung öffentlicher Betriebe die Betriebswirtschaftslehre zunehmend verpflichtet, einzelwirtschaftliche Verfahren zur Realisierung gemeinwirtschaftlicher Ziele bereitzustellen. Er sah die öffentlichen Betriebe vorrangig als Instrumente der staatlichen und kommunalen Wirtschaftspolitik und analysierte eingehend die betriebswirtschaftlichen Konsequenzen dieser Instrumentalfunktion. Er vertrat wie kein anderer einen umfassenden wirtschaftswissenschaftlichen Standpunkt, eine ausgewogene Betrachtung sowohl einzel- wie gesamtwirtschaftlicher Aspekte lag ihm am Herzen.

Eingehend nahm Thiemeyer auch zu Fragen der Kapitalakkumulation und Vermögensbildung, zu Grundsatzfragen der Finanzierung und Angebotspolitik öffentlicher Unternehmen, zur Frage der Abgeltung von gemeinwirtschaftlichen Lasten sowie zu Fragen der Selbstverwaltung Stellung. In seiner Linzer Zeit verfasste er Publikationen zu Fragen der Gesundheitspolitik (z. B. Pflegesatzgestaltung), zur gemeinwirtschaftlichen Preistheorie und zu Problemen der Angebots- und Preispolitik im öffentlichen Personennahverkehr sowie mehrere Handwörterbuchbeiträge über Gemeinwirtschaft, Öffentliche Unternehmen und Genossenschaften (JKU-Archiv 4). Seine Meinung zu Problemen der Krankenhauswirtschaft, der Krankenhausfinanzierung, der Ärztehonorierung und zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung war besonders gefragt. Auch wenn Thiemeyer 1973 Linz wieder verließ und den Lehrstuhl für Sozialpolitik und öffentliche Wirtschaft an der Ruhr-Universität Bochum übernahm, so gehörte die Linzer Zeit nach seiner eigenen Aussage zu einem seiner wichtigsten Lebensabschnitte, an den er sich immer wieder mit Freude erinnerte. Mit großem Interesse verfolgte er auch weiterhin die Entwicklung der Gemeinwirtschaft in Österreich und die Aktivitäten an „seinem“ Linzer Institut. Thiemeyer verstarb 1991.

Mit dem Begriff „Gemeinwirtschaftliche Unternehmen“ umschrieb man in der Praxis in den siebziger Jahren den Bereich der öffentlichen Unternehmen in der Trägerschaft von Gebietskörperschaften, den Bereich der verstaatlichten Industrie und der Kommunalwirtschaft sowie einen Anteil der genossenschaftlichen Wirtschaft. Der Anteil der Gemeinwirtschaft an der Gesamtwirtschaft, gemessen an einigen wesentlichen volkswirtschaftlichen Indikatoren (insbesondere Investitionsanteil und Wertschöpfung) lag über mehrere Jahre hinweg zwischen 30 und 40 %, sodass man von einem „Gemeinwirtschaftlichen Drittel“ sprach. Großunternehmen des Staates waren vor allem in den Schlüsselindustrien tätig (insbesondere in der Eisen- und Stahlindustrie und der Edelmetallindustrie, in der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft, in der Erdölförderung und -verarbeitung, in der chemischen Industrie sowie im Banken- und Versicherungssektor). Ferner befanden sich ein Großteil der Eisenbahnen, der Schifffahrt und der Luftfahrt sowie die Verwertungsgesellschaften für staatliche Monopole (z. B. Salz, Tabak) in öffentlicher Hand. Die öffentlichen Unternehmen (direkte Aktivitäten des Bundes, Verstaatlichte Industrie, Verstaatlichte Banken, andere Kapitalbeteiligungen des Bundes, Betriebe und Beteiligungen der Länder sowie der weite Bereich der Kommunalwirtschaft zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge) machten einen Großteil der Gemeinwirtschaft aus (ca. 95 %), der Rest entfiel auf jene Genossenschaften, die zur Bedarfsdeckung privater Haushalte tätig waren (Konsum- und Wohnbaugenossenschaften).

Mit der Krise der verstaatlichten Industrie im Gefolge der Wirtschaftskrisen der frühen 70er-Jahre verband man mit „Gemeinwirtschaft“ oftmals verlustbringende Unternehmen, die auf staatliche Misswirtschaft zurückzuführen seien. In den 80er-Jahren begann im Einklang mit der weltweiten Entwicklung ein Privatisierungsprozess, der den Anteil gemeinwirtschaftlicher Unternehmen an der Gesamtwirtschaft laufend und deutlich verringerte.

Mit dem Weggang Thiemeyers aus Linz entstand über mehrere Jahre eine Lehrkanzelskanz. Mit diversen Lehraufträgen wurde der Lehrbetrieb aufrechterhalten. Einer der Lektoren war der heutige Leiter des Linzer Instituts für Kommunalwissenschaften, Friedrich Klug. Sein Arbeitsschwerpunkt im Bereich des kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens führte später auch zur Habilitation auf diesem Gebiet.

2. Der IBGU-Neubeginn: Die funktionale Ausrichtung des Wirtschaftens von Gemeinwesen

Mit Wirkung vom 1. August 1979 wurde der Verfasser dieses Beitrages an die Universität Linz berufen und übernahm die Leitung des Instituts für Betriebswirtschaftslehre der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen, die er bis zu seiner Emeritierung am 30. September 2012 innehatte. Vom Studium an der damaligen Hochschule für Welthandel in Wien (Promotion 1968, Habilitation an der Universität Graz 1978) war er mit der Unternehmenstheorie seines Lehrers Leopold L. Illetschko vertraut. Als „Unternehmen“ wurde ein Feld von Aktivitäten mit dem Ziel einer rationalen Steuerung betrieblicher Leistungsprozesse angesehen. Dieser funktional ausgerichtete Unternehmensbegriff erlaubte es, sowohl Öffentliche Verwaltungen (mit dem vorrangigen Ziel der Erstellung von Kollektivgütern) als auch Öffentliche Unternehmen im engeren Sinne (mit dem vorrangigen Ziel der Erstellung von marktgängigen Individualgütern) einer betriebswirtschaftlichen Analyse zuzuführen. Öffentliche Verwaltungen haben primär die Gewährleistung sachpolitisch erwünschter Zustände (wie etwa innere oder äußere Sicherheit, Gesundheit, soziale Wohlfahrt, Bildung) zum Ziel. Deswegen werden sie oft auch als Gewährleistungsbetriebe bezeichnet. Die öffentliche Aufgabenerfüllung kann aber auch die Bereitstellung von Infrastruktureinrichtungen und die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen zum Inhalt haben, nach welchen in einer Gesellschaft Bedarf besteht. Diese Leistungen sind entweder die Grundlage für die Entwicklung einer Marktwirtschaft (z. B. Verkehrsinfrastruktur) oder ergänzen das marktwirtschaftliche Leistungsangebot. Diese Ergänzungsfunktion ist dann im Wesentlichen die Aufgabe öffentlicher Unternehmen.

Die funktionale Ausrichtung legt es nahe, zwischen zwei grundsätzlichen Zielsetzungen für das wirtschaftliche Handeln in Betrieben (Unternehmen) zu differenzieren. Bei einer privatwirtschaftlichen Orientierung wird der Betrieb im Interesse seiner privaten Träger (Eigentümer) tätig. Bei einer gemeinwirtschaftlichen Orientierung wird der Betrieb im öffentlichen Interesse bzw. im Interesse eines Gemeinwesens (und damit einer den Einzelpersonen übergeordneten Personengesamtheit) tätig. Dieses Interesse kann von Bund, Ländern und Gemeinden, aber auch von Selbstverwaltungskörpern (z. B. Kammern), Arbeitnehmervertretungen (z. B. Gewerkschaften), kirchlichen Organisationen (z. B. Ordensgemeinschaften) und anderen gesellschaftlichen Organisationen (z. B. Genossenschaften und privaten Nonprofit-Organisationen) ausgehen.

Für beide Zielsetzungen des Wirtschaftens ist in einer zweiten Dimension zwischen erwerbswirtschaftlicher, bedarfswirtschaftlicher und förderwirtschaftlicher Orientierung zu unterscheiden.

Eine erwerbswirtschaftliche Orientierung bietet die Möglichkeit, das Wirtschaftsprogramm auf der Grundlage einer gegebenen Marktsituation selbst bestimmen zu können. Durch Ausnutzen der Marktchancen und unter Bedachtnahme auf das Marktrisiko wird eine Gewinnerzielung (Eigenkapitalrentabilität) angestrebt. Das Leistungsprogramm hat sich den Möglichkeiten der Gewinnerzielung unterzuordnen, es liegt eine Dominanz der Formalziele vor den

Sachzielen vor. Dies bedingt eine Freiheit in der Bestimmung des Leistungsprogrammes und in der Bestimmung des Standortes.

Bei einer bedarfswirtschaftlichen Orientierung ist für das Wirtschaftsprogramm eines Betriebes in erster Linie die Abdeckung eines vorhandenen Bedarfs an Leistungen ausschlaggebend (z. B. bei öffentlichen Krankenhäusern). Es liegt eine Sachzieldominanzen vor. Dabei ist das finanzielle Gleichgewicht zu beachten, die Erzielung eines Überschusses ist dabei nachrangig. Gegebenenfalls hat der Träger des Unternehmens (z. B. eine Gebietskörperschaft) für die Substanzerhaltung im Wege von Verlustabdeckungen (Eigenkapitalzufuhren) zu sorgen.

Eine förderwirtschaftliche Orientierung ist bei Wirtschaftsverbänden, Genossenschaften und privaten Vereinen gegeben, die Förderung der Mitgliederinteressen, aber auch von fremden Personen (z. B. Flüchtlings-, Katastrophenhilfe) steht im Vordergrund. Diese können im wirtschaftlichen Bereich (z. B. Beschaffungs- oder Absatzsicherung), aber auch im außerökonomischen Bereich (z. B. Interessenvertretung, Rechtshilfe, gesellschaftliche oder kulturelle Bildung) liegen.

In dieser funktionalen Sichtweise wird Gemeinwirtschaft als das Verhalten wirtschaftender Einheiten bezeichnet, deren Tätigkeit auf die dauernde Versorgung der Menschen mit Gütern und Dienstleistungen ausgerichtet ist und dabei nicht vom Ziel einer Gewinn- und Vermögensmehrung für Einzelpersonen bestimmt ist. Vielmehr ist das wirtschaftliche Interesse einer Personengemeinschaft (eines Gemeinwesens) als Ganzes zu beachten. Die gemeinwirtschaftliche Orientierung wird somit in der Regel mit einer bedarfswirtschaftlichen Ausrichtung verbunden sein, schließt aber keineswegs eine Gewinnerzielung (dies ist von den Marktchancen und -risiken abhängig) und auch nicht eine erwerbswirtschaftliche Orientierung aus. Sie kann durchaus auch im Interesse eines Gemeinwesens liegen (setzt aber die erwähnten Freiräume in der Bestimmung des Leistungsprogrammes und in der Standortwahl voraus). Die erwirtschafteten Gewinne können dann an das Trägergemeinwesen ausgeschüttet und dort im Sinne anderer Aufgaben (z. B. Sozialpolitik) verwendet werden. Eine Gewinnausschüttung an Einzelpersonen ist ausgeschlossen. Die in der Praxis häufig anzutreffende Meinung, „gemeinwirtschaftliche Unternehmen sollen keine Gewinne erwirtschaften“, ist somit sachlich unzutreffend.

Über Anregung von Prof. Dr. Ludwig Fröhler, dem damaligen Leiter des Instituts für Kommunalwissenschaften an der Universität Linz, wurden vom Institut für Betriebswirtschaftslehre der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen zwei Studien erarbeitet. In einer nicht zu übersehenden Zahl von Fällen war festzustellen, dass Investitionsentscheidungen in Gemeinden allein von tagespolitischen Notwendigkeiten geleitet wurden und mittel- bis langfristige Planungsüberlegungen hingegen zu kurz kamen. Die Bedeutung der Folgelasten als Folgewirkungen kommunaler Investitionsentscheidungen wurde lange Zeit nicht beachtet. Es wurde ignoriert, dass eine Entscheidung über den Bau einer kommunalen Einrichtung nicht allein eine Entscheidung über eine bestimmte Investitionssumme als Ausgabe zum Investitionszeitpunkt darstellt, sondern über den Nutzungszeitraum dieser Einrichtung auch eine Entscheidung über fortdauernde zukünftige Belastungen abgibt. Bei der Abschätzung der künftigen Folgelasten stehen vor allem kleinere und mittlere Gemeinden vor Quantifizierungsproblemen, da es ihnen an geeigneten Vergleichswerten und Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch fehlt. Deshalb wurden im deutschsprachigen Raum ansatzweise einige Versuche unternommen, aus Einzelerhebungen in mehreren Gemeinden Durchschnittsgrößen für Folgelasten kommunaler Investitionen abzuleiten. Reinbert Schauer und Werner Kronlachner

untersuchten in Anlehnung an eine Studie des Münchner IFO-Instituts für Wirtschaftsforschung Richtgrößen für Folgelasten von kommunalen Investitionen (Folgelastquoten) in österreichischen Gemeinden. Sie konnten als Orientierungshilfe für die praktische Arbeit in den Kommunalverwaltungen herangezogen werden (1985, IKW Schriftenreihe Band 69). Eine Kostenanalyse der Linzer Seniorenheime auf Grund der Betriebsrechnungen 1980-1982 war Gegenstand einer von Reinbert Schauer vorgelegten Studie, die im Sammelband Floss/Hofinger/Schauer, Altenhilfe – im Heim oder daheim?, 1986 veröffentlicht wurde (IKW Schriftenreihe Band 76).

3. Die Wissenschaftliche Kommission ÖBWL: Initiativen zur Reform des öffentlichen Rechnungswesens

Theo Thiemeyer gehörte mit Peter Eichhorn (Mannheim), Herbert Kraus (Graz), Dietrich Budäus (Hamburg) und anderen Fachvertretern zu den Begründern der Wissenschaftlichen Kommission „Öffentliche Unternehmen und Verwaltungen“ im Verband der Hochschullehrer für Betriebswirtschaft e.V., die 1979 gegründet wurde und der so gut wie alle Hochschullehrer dieses Fachgebietes angehören. Die Aktivitäten dieser Kommission, die sich später in „Öffentliche Betriebswirtschaftslehre (ÖBWL)“ umbenannte, wurden viele Jahre in Österreich und unter österreichischem Vorsitz entfaltet. Von 1987 bis 1989 lag der Vorsitz in Linz in den Händen des Autors dieses Beitrages.

In dieser Zeit (1988) wurde mit den „Leitlinien für die Reform des öffentlichen Rechnungswesens“ ein erster richtungweisender Schritt für eine wissenschaftlich fundierte Konzeption eines integrierten öffentlichen Rechnungswesens, das das zahlungsstromorientierte Rechnungswesen (bisherige Verwaltungskameralistik) mit einem leistungswirtschaftlich orientierten Rechnungswesen (Vermögens- und Ergebnisrechnung) verbinden sollte, entwickelt. Daraus sei eine wichtige Passage zitiert:

„Die Hochschullehrer für Betriebswirtschaft fordern von einem leistungsfähigen Rechnungswesen im öffentlichen Bereich folgendes:

- (a) Eignung zur Abstimmung zwischen Haushaltsplanung und Haushaltsausführung, zur Feststellung der Stadien des Haushaltsvollzugs, zur Überwachung der Zahlungsanordnung und Zahlungsausführung sowie zur Erfassung der Zahlungsmittelbestände und ihrer Veränderungen;
- (b) Gesamtausweis der Bestände an Vermögen und Schulden und deren Veränderungen;
- (c) Entwicklung einer modernen, voll auf die Verwaltungsziele ausgerichteten Kosten- und Leistungsrechnung, die dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit in den einzelnen Verantwortungsbereichen Rechnung tragen lässt;
- (d) Orientierung an Regeln, die wie die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung zu einer einheitlichen Praxis im Rechnungswesen öffentlicher Verwaltungen führen, wissenschaftlich fundiert sind und Normcharakter haben.“

Die Wissenschaftliche Kommission legte fünf Jahre später (Buschor–Brede 1993) ein umfassendes Werk zur notwendigen Reform des öffentlichen Rechnungswesens vor, das grundlegende Auswirkungen auf die nach 2000 wirksamen Haushaltsreformen in der Schweiz, in Österreich und in Deutschland hatte. Reinbert Schauer war in diesem Werk mit

einer Abhandlung über die Eignung verschiedener Rechnungsstile für den managementorientierten Informationsbedarf in öffentlichen Verwaltungen vertreten.

In die Zeit des Linzer Kommissionsvorsitzes fiel auch die Erarbeitung einer interdisziplinär angelegten Studie über die Bedeutung des „Kommunalen Querverbundes aus der Sicht von Theorie und Praxis“ (1988-1989). Anlass hierzu gab die Empfehlung der deutschen Monopolkommission, angesichts der fortschreitenden Verflechtung im Energiesektor den Querverbund bei den Versorgungsbetrieben, insbesondere zwischen Strom und Gas, aufzulösen. Die dieser Empfehlung folgende Diskussion auf politischer Ebene und in den Interessenvertretungen ließ es angebracht erscheinen, auf wissenschaftlicher Ebene sachlich fundierte Analysen zur Erscheinungsform des kommunalen Querverbunds voranzutreiben. Mit der Marktliberalisierung im Europäischen Binnenmarkt sind zumindest getrennte Rechenkreise zur Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Teilbereiche notwendig geworden. In der Regel wurden diese Leistungsbereiche in eigenständigen Organisationsformen mit eigener Rechtspersönlichkeit eingerichtet. Die ursprüngliche Funktion des Kommunalen Querverbundes als Form einer internen Subventionierung ist somit nicht mehr gegeben.

Der Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Praxis war dem Institut ein besonderes Anliegen. So begannen 1989 die in der Regel jährlich stattfindenden Weiterbildungsveranstaltungen für öffentliche Verwaltungen, die ab 2006 unter der Bezeichnung „Verwaltungsmanagement-Tag“ firmierten. Sie waren üblicherweise einem speziellen Themengebiet gewidmet:

- EDV-Einsatz in Gemeinden (1989)
- Ortsmanagement und kommunales Marketing (1992)
- Die „gesunde“ Gemeinde (1994)
- Projektfinanzierung in Gemeinden (1995)
- Finanzierung kommunaler Aufgaben (1995)
- Internet für Gemeinden und NPO (1996)
- Neue Ansätze in der Verwaltungsführung (1997)
- Soll die Mehrphasenbuchführung abgeschafft werden? (1998)
- Leistungsvergleiche – wie stark sind unsere Gemeinden? (2000)
- Outsourcing kommunaler Aufgaben (2001)
- Interkommunale Leistungsvergleiche (2002)
- Mittelfristige Finanzplanung in Gemeinden (2003)
- International Public Sector Accounting Standards (2004)
- Führung und Leistungserstellung in öffentlichen Verwaltungen (2006)
- Doppisches Rechnungswesen in österreichischen Gemeinden (2007)
- Kommunale K(E)G-Modelle und Rechnungsabschlüsse (2008)
- Steuerung und Rechnungslegung öffentlicher Haushalte (2009)
- Effizienz und Effektivität in öffentlichen Verwaltungen (2010)
- Verschuldungsfähigkeit, Wirkungsorientierung (2011)
- Herausforderungen an das Management in öffentlichen Verwaltungen (2012).

In der Regel wurden alle Referate dieser Veranstaltungen in Tagungsbänden dokumentiert, die im Universitätsverlag Rudolf Trauner erschienen sind. Die Serie der Weiterbildungsveranstaltungen wurde auch nach 2012 von Dennis Hilgers und René Andeßner fortgesetzt und behandelte folgende Themen:

- Öffentliche Dienstleistungsnetzwerke (2013)
- Neues öffentliches Haushalts- und Rechnungswesen – Zwischen Schuldenkrise und EPSAS (2014)
- Strukturreformen in Gemeinden (2016)
- Reform des öffentlichen Haushalts- und Rechnungswesens zwischen EPSAS und VRV (2018)
- Die Reform des öffentlichen Haushalts- und Rechnungswesens: Erkenntnisse aus Praxis und Wissenschaft (2019)

Somit wurden bisher 25 Veranstaltungen dieser Art abgehalten. Der für 2020 vorgesehene Verwaltungsmanagementtag 2020 musste wegen der vorherrschenden Pandemie auf 2021 verschoben werden.

Die vom Institut in Lehre und Forschung behandelten Themenbereiche fanden auch den Niederschlag in zwei Lehrbüchern und einem Fachlexikon. 2007 wurde „Rechnungswesen in öffentlichen Verwaltungen“ erstmals veröffentlicht und 2008 „Öffentliche Betriebswirtschaftslehre – Public Management“. Beide Lehrbücher erschienen 2019 bzw. 2020 in 4. Auflage. 2009 wurde das Fachlexikon „Öffentliche Betriebswirtschaft“ veröffentlicht.

4. Die NPO-Forschung

Die funktionale Auslegung des Begriffes der „gemeinwirtschaftlichen Unternehmen“ im Sinne eines Leistungsauftrages eines Gemeinwesens eröffnete neben den öffentlichen Verwaltungen und den öffentlichen Unternehmen ein weiteres Forschungsgebiet im Hinblick auf halbstaatliche Nonprofit-Organisationen (Selbstverwaltungskörper wie z. B. Kammern) und private Nonprofit-Organisationen (wirtschaftliche, soziokulturelle, soziale und politische Nonprofit-Organisationen). Sie werden in der Regel dem sog. „Dritten Sektor“ zugerechnet, der neben dem Staat und dem Markt für ergänzende bzw. korrigierende Leistungen sorgt. Dieses Forschungsgebiet wurde seit 1983 in enger Zusammenarbeit mit der Universität Fribourg/Schweiz entwickelt und führte zur Mitwirkung am Freiburger Management-Modell für Nonprofit-Organisationen (1995, 9. Auflage 2020) und an den dort ausgerichteten internationalen Postgraduate-Lehrgängen für Nonprofit-Management. Mit dem Band „Rechnungswesen für Nonprofit-Organisationen“ (2000, 4. Auflage 2015) wurde ein fachspezifischer Schwerpunkt in diesem Führungsmodell gesetzt. 2004 konnte sich René Clemens Andeßner mit einer Arbeit über „Integriertes Potentialmanagement in Nonprofit-Organisationen“ für das Fach Betriebswirtschaftslehre habilitieren. Die gleiche Lehrbefugnis konnte dann 2019 auch Sandra Stötzer mit einer Arbeit über „Kollaborative Governance im Public und Nonprofit Sektor in Zeiten steigender Accountability- und Nachhaltigkeitsansprüche“ erwerben.

Gemeinsam mit Ernst-Bernd Blümle (Universität Fribourg) initiierte Reinbert Schauer 1994 die Serie von Internationalen NPO-Colloquien, die alle zwei Jahre die NPO-Forscher aus der Schweiz, Österreich und Deutschland (zunächst mit Dieter Witt, TU München-Freising, und dann mit Ludwig Theuvsen, Universität Göttingen, als Mitorganisatoren) zusammenführte und einen interdisziplinären Zugang zu aktuellen NPO-Forschungen ermöglichte. Dabei wurden folgende Generalthemen behandelt und in Tagungsbänden dokumentiert:

- Nonprofit-Organisationen (NPO) – dritte Kraft zwischen Markt und Staat? (Fribourg 1994)

- Der Nonprofit-Sektor im Aufwind – zur wachsenden Bedeutung von Nonprofit-Organisationen auf nationaler und internationaler Ebene (Linz 1996)
- Ehrenamt und Modernisierungsdruck in Nonprofit-Organisationen (Freising-Weihenstephan 1998)
- Nonprofit-Organisationen im Wandel – Herausforderungen, gesellschaftliche Verantwortung (Fribourg 2000)
- Nonprofit-Organisationen und gesellschaftliche Entwicklung – Spannungsfeld zwischen Mission und Ökonomie (Linz 2002)
- Funktionen und Leistungen von Nonprofit-Organisationen (München 2004)
- Nonprofit-Organisationen und Märkte (Fribourg 2006)
- Steuerung und Kontrolle in Nonprofit-Organisationen (Linz 2008)
- Stakeholder-Management in Nonprofit-Organisationen (Göttingen 2010)
- Performance Management in Nonprofit-Organisationen (Fribourg 2012)
- Ressourcenmobilisierung durch Nonprofit-Organisationen (Linz 2014)
- Nonprofit-Organisationen und Nachhaltigkeit (Göttingen 2016)
- Wohin entwickelt sich der Dritte Sektor? (Fribourg 2018).

Nach der Emeritierung von Reinbert Schauer übernahmen René Andeßner und Dorothea Greiling, Institut für Management Accounting, in Linz die Betreuung dieser Colloquien, 2021 ist wieder die Universität Linz an der Reihe.

5. Forschungsnetzwerke

Ein besonderes Anliegen war die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. So wurden bereits seit 1990 in regelmäßigem Abstand gemeinsame Forschungsseminare mit der Universität Fribourg (Prof. Ernst-Bernd Blümle, Prof. Robert Purtschert, Prof. Markus Gmür) durchgeführt, denen später ähnliche Seminare mit der Universität Bern (Prof. Norbert Thom) und der Universität Hamburg (Prof. Dietrich Budäus) folgten. Sie boten die Gelegenheit, die Dissertationsprojekte und Habilitationsvorhaben im internationalen Austausch vorzustellen und zu diskutieren.

Aus der engen internationalen Vernetzung im Forschungsbereich entstanden auch die vier Ehrendokorate, die über die Initiative des Instituts von der Universität Linz vergeben wurden. 1991 erhielt Ernst-Bernd Blümle, Universität Fribourg, das Ehrendoktorat für seine richtungweisenden Aktivitäten in der betriebswirtschaftlichen NPO-Forschung. 1999 wurde Karl Oettle, Universität München, für seine herausragenden wissenschaftlichen Verdienste um die öffentliche Wirtschaft, die Verkehrswirtschaft und die Raumplanung geehrt. 2006 erhielten Dietrich Budäus, Universität Hamburg, für seine Arbeiten auf dem Gebiet des Public Managements und Norbert Thom, Universität Bern, für seine Leistungen auf dem Gebiet der Organisation und des Personalmanagements das Linzer Ehrendoktorat. Alle vier Geehrten hielten über viele Jahre enge Beziehungen zum Institut und seinen Forschungsfeldern.

6. Neue Forschungsbereiche

Es gelang der Universität Linz, bei der Emeritierung von Reinbert Schauer 2012 unmittelbar einen Nachfolger zu bestellen. Prof. Dr. Dennis Hilgers, Universität Hamburg, nutzte das nunmehrige Selbstbestimmungsrecht der Universität in Strukturfragen und bewirkte die Um-

benennung des Instituts für Betriebswirtschaftslehre der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen in „Institut für Public und Nonprofit Management“, um das Aufgabengebiet den aktuellen Anforderungen entsprechend besser nach außen hin vertreten zu können und die Präsenz im angloamerikanischen Raum („Institute of Public and Nonprofit Management“) zu verbessern. Die wesentlichen Forschungsbereiche wurden weitergeführt und um neue Forschungsfelder ergänzt.

Im Forschungsbereich „Public Management“ beschäftigt sich das Institut vor allem mit „Public Financial Management“ und „Public Innovation Management“. Die bestimmenden Forschungsthemen im Bereich des Public Financial Management sind weiterhin die Reform des öffentlichen Haushalts- und Rechnungswesens, ergänzt um Risiko- und Schuldenmanagement sowie Leistungsmessung und Leistungssteuerung (Performance Management).

Im Zuge des Erasmus+-Projekts „Developing and Implementing European Sector Accounting modules (DiEPSAm)“ untersuchte das Institut die internationale Harmonisierung der öffentlichen Rechnungslegungsstandards näher. Gemeinsam mit vier Europäischen Universitäten (Universität Coimbra, Universität Leicester, Universität Tampere, Universität Rostock) wurden von Oktober 2016 bis September 2019 die Normensysteme zur Rechnungslegung des öffentlichen Sektors vor dem Hintergrund der Harmonisierungsbestrebungen in Europa beleuchtet. Im Zuge des Projekts wurde eine Online-Vorlesung entwickelt (*Lehrmaterialien und Videos*: <http://offene.uni-rostock.de/online-course-european-public-sector-accounting/>) und begleitend dazu ein Lehrbuch (open access: <https://doi.org/10.14195/978-989-26-1861-6>) erstellt.

Zur kooperativen Erbringung öffentlicher Wertschöpfung bedarf es neuer Kooperations- und Organisationsmodelle sowie neuer Entscheidungsverfahren, die dem Forschungsbereich „Public Innovation Management“ zugeordnet werden. Neben Private-Public-Partnership, Public-Public-Partnership und Strategien in der öffentlichen Beschaffung befasst sich das Institut mit der digitalen Transformation des öffentlichen Sektors. Dabei werden Studien zum Thema e-Government und Open Government durchgeführt und Themen wie Transparenz (Open Data), digitale Bürgerbeteiligung und neue Formen der Organisation der öffentlichen Dienstleistungserbringung behandelt.

Im Bereich des „Nonprofit Managements“ stehen das Ressourcenmanagement in NPO und Nonprofit Governance im Fokus des Forschungsinteresses.

Nonprofit-Organisationen können ihre missionsorientierten Leistungen nur erstellen, wenn es ihnen gelingt, ausreichend Ressourcen zu mobilisieren. Dabei steht ihnen ein vielfältiges Set an finanziellen Ressourcen zur Verfügung, das selbsterwirtschaftete Einnahmen (insbes. Leistungserlöse, Mitgliedsbeiträge und Sponsoringgelder), öffentlichen Förderungen und Geldspenden umfasst. Darüber hinaus spielen geldwerte Güter, also z.B. die ehrenamtliche bzw. freiwillige Mitarbeit oder die reiche Palette an Sachspenden, eine große Rolle. Die Mobilisierung von Ressourcen erfordert ihrerseits einen Ressourceneinsatz und löst folglich Transaktionskosten aus.

Vor diesem Hintergrund widmen sich die Aktivitäten des Instituts insbesondere den Konsequenzen, die sich daraus ergeben,

- dass die Grenzen zwischen den einzelnen Ressourcenquellen zunehmend fließender werden,

- dass die Konkurrenz zwischen den Nonprofit-Organisationen bei der Mobilisierung von Ressourcen fortschreitend zunimmt,
- dass sich die Motive und Formen des Ehrenamts und des freiwilligen Engagements fundamental verändern,
- dass öffentliche Förderungen stagnieren oder (real) zurückgenommen werden und
- dass NPO – um diese zu kompensieren – vielfach ihre kommerziellen Aktivitäten ausweiten und gewinnorientierte Zellen in ihre Strukturen integrieren müssen.

Die geschilderten Entwicklungen erfordern in vielen NPO nicht nur neue strategische Positionierungen, sondern auch innovative Vorgangsweisen in der Beschaffung und Mobilisierung von Ressourcen, die gleichzeitig eine Minimierung der Transaktionskosten anstreben.

Ein verstärkter gesellschaftlicher Legitimationsdruck sowie zunehmend kritischer werdende Ressourcengeber tragen dazu bei, dass Fragen der Accountability bzw. Rechenschaftsablage, der Transparenz, Prüfung und Zertifizierung, des Performance Measurements und Reportings weiter an Bedeutung gewinnen. Aufgrund der institutionellen Besonderheiten von NPO können die für erwerbswirtschaftliche Organisationen entwickelten Ansätze und Instrumente jedoch nicht unreflektiert auf NPO übertragen werden, sondern vielfach braucht es hier maßgeschneiderte Konzepte, welche deren Besonderheiten berücksichtigen.

Angesichts der zunehmend intersektoralen Aufgabenerbringung im Sinne des Modells des Gewährleistungsstaates und der Public Governance beleuchtet der Schwerpunkt Nonprofit Management auch die kooperativen Beziehungen zwischen NPO und Politik sowie Verwaltungen im Rahmen öffentlicher Dienstleistungsnetzwerke.

7. Wissenschaftspreise und Nominierungen

Die wissenschaftliche Arbeit am Institut wurde auch durch eine Vielzahl an Wissenschaftspreisen und Nominierungen von externen Institutionen gewürdigt (alphabetische Reihung der Preisträger):

Dr. René Clemens **Andeßner**,

Leopold Kunschak Wissenschaftspreis und *VKB-Genossenschaftsstiftungspreis* für die Habilitationsschrift „Integriertes Potentialmanagement in Nonprofit-Organisationen“ (2005)

Mag. Astrid **Hochhauser**,

Wissenschaftspreis des Verbandes Österreichischer Wirtschaftsakademiker (VÖWA) - Landesstelle Oberösterreich und *VKB-Genossenschaftsstiftungspreis* für die Diplomarbeit "Nonprofit Governance - Entwicklung von wesentlichen Inhalten eines österreichischen Nonprofit Governance Kodex" (2007)

Mag. Peter **Hutterer**,

Erwin-Wenzel-Preis für die Diplomarbeit "Das Customer Relationship Management als ein Ansatz zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen des ÖPNV" (2008)

Dr. Katharina **Kaltenbrunner**,

Leopold Kunschak Wissenschaftspreis für die Dissertation „Freiwilligenmanagement in großen fremdleistungsorientierten Nonprofit-Organisationen“ (2009)

Dr. Andreas **Kattnigg**,

Österreichischer Controller-Preis für die Dissertation „Ansätze für ein Controlling in Sozialhilfeeinrichtungen“ (1990)

- Dr. Monika **Kerschbaumer**,
Richard-Büche-Preis für die Dissertation „Leistungsrechnung in Nonprofit-Organisationen - ein Instrument zur systematischen Erfassung und Analyse von Leistungsdaten“ (1995)
- Ing. Mag. Barbara **Lehner**,
Wissenschaftspreis des Verbandes Österreichischer Wirtschaftsakademiker (VÖWA) - Landesstelle Oberösterreich und *Preis der Kommunen (Wissenschaftspreis des Österreichischen Städte- und Gemeindebundes)* für die Diplomarbeit „Neues kommunales Rechnungswesen. Quo remanes, Austria?“ (2007)
- Dr. Anton-Josef **Lummerstorfer**,
Ludwig Scharinger Anerkennungspreis für die Dissertation „Interkommunale Zusammenarbeit – eine Organisationsalternative mit großen Potenzialen zur Effektivitäts- und Effizienzsteigerung“ (2008)
- Hansjörg **Pauritsch**, MBA
Wissenschaftspreis des Verbandes Österreichischer Wirtschaftsakademiker (VÖWA) - Landesstelle Oberösterreich für die Masterarbeit "Optimale Ausgestaltung der Investitionsrechnung in Elektrizitätsversorgungsunternehmen" (2009; von Prof. Andeßner an der Fachhochschule Oberösterreich betreut)
- Dr. Silvia **Payer-Langthaler**,
Sparkassen-Kepler-Preis und *Wissenschaftspreis des Österreichischen Städtebundes und des Österreichischen Gemeindebundes* für die Dissertation „Mehrdimensionale Erfolgssteuerung in der Kommunalverwaltung“ (2003)
- Dr. Franz **Plank**,
Rudolf Sallinger-Preis für die Dissertation „Leistungserstellung und Leistungsverwertung in bäuerlichen Familienbetrieben“ (1992)
- Mag. Andrea **Rois**,
Kommunaler Wissenschaftspreis des Österreichischen Städte- und Gemeindebundes für die Diplomarbeit „Konzeptionelle Überlegungen für ein Performance Management in kommunalen Kultur- und Veranstaltungszentren“ (2014)
- Dkfm. Dr. Reinbert **Schauer**
Leopold Kunschak Wissenschaftspreis (1979), *Wissenschaftspreis der Rudolf-Trauner-Stiftung* (2007), *Julius Raab-Ehrenmedaille für Verdienste um die österreichische Wirtschaft* (2008), *Große Ehrenmedaille in Silber der Wirtschaftskammer Oberösterreich* (2010), *Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst I. Klasse* (2012)
- Dr. Lisa **Schmidthuber**,
 Nominierung für *Carolyn Dexter Award der Academy of Management, Public and Non-profit Management Division* für das Konferenzpapier: Schmidthuber, L.; Bogers, M.; and D. Hilgers: Exploring Motivation through the Lens of Self-Determination Theory: Citizens' Online Participation. 77th Annual Meeting of the Academy of Management, Atlanta (Georgia), 7 August 2017.
 Nominierung für *Best Paper Award der Academy of Management*, Konferenzpapier inkludiert in die Best Paper Proceedings of the 2017 Academy of Management Meeting.
Early Research Achievement Award der JKU (2019) und *Carl-Goerdeler-Preis für Kommunalwissenschaften* (2020) für die Dissertation „Ambidexterity in Local Open Government Arenas: Analyzing Exploration and Exploitation of External Knowledge“
- Mag. Michaela **Stangl**,
Erwin-Wenzl-Preis (2013) und *Dr. Horst Körner Preis* (2015) für die Diplomarbeit "Gemeindefusionen. Mögliche Auswirkungen der Gemeindefusionen in Steiermark anhand der Fallstudie Anger, Baierdorf, Feistritz und Naintsch"
- Dr. Gerlinde **Stöbich**,
Dr. Maria Schaumayer-Stiftungspreis für die Dissertation „Marketing als Konzeption für eine Neuorientierung in Klein- und Mittelgemeinden“ (1993)
- Dr. Sandra **Stötzer**,
Wissenschaftspreis des Verbandes Österreichischer Wirtschaftsakademiker (VÖWA) - Landesstelle Oberösterreich für die Diplomarbeit "Kriterien erfolgreicher Kommunikationspolitik im öffentlichen Personennahverkehr" (2005)

Award of Excellence des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung sowie Erwin Wenzl Preis (2009) und Leopold Kunschak Wissenschaftspreis (2010) für die Dissertation "Stakeholder Performance Reporting von Nonprofit-Organisationen"
Best Paper Award für den Beitrag „Signaling trustworthiness to reduce perceived risk of donors: an explorative investigation into the impact of charity labels“ (gemeinsam mit Sebastian Martin) beim XIX. International Congress on Public and Nonprofit Marketing, Universidad de León (2020)

8. Weitere Arbeit in der Wissenschaftlichen Kommission „Öffentliche Betriebswirtschaftslehre“

Im Oktober 2018 hat Dennis Hilgers den Vorsitz in der Wissenschaftlichen Kommission „Öffentliche Betriebswirtschaftslehre“ im Verband der Hochschullehrer für Betriebswirtschaft e.V. für die übliche Vorsitzperiode von zwei Jahren übernommen. Zuvor hatte schon Dorothea Greiling den Vorsitz von 2012 bis 2014 inne. Seit 2007 begannen sich drei Themen für die Kommissionsarbeit abzuzeichnen, die in der Folge zu einer festen Struktur für die Programmgestaltung der jährlichen Kommissionssitzungen wurden: Öffentliche Verwaltungen (Public Management), Nonprofit-Organisationen (Nonprofit Management) und Management im Gesundheitswesen (Public Health Care). Um diesen drei Themenschwerpunkten der Kommissionsarbeit Rechnung zu tragen, wurde die Kommissionsbezeichnung „Öffentliche Betriebswirtschaftslehre“ um den Klammerzusatz „(Public, Nonprofit & Health Care Management)“ erweitert. Damit schließt sich in der Außenwirkung nach fünf Jahrzehnten der Kreis zum ursprünglichen Aufgabengebiet von Theo Thiemeyer.

Literatur

Brede Helmut – Buschor Ernst (Hrsg.), Das neue Öffentliche Rechnungswesen – Betriebswirtschaftliche Beiträge zur Haushaltsrechtsreform in Deutschland, Österreich und der Schweiz, Baden-Baden 1993 (Schriften zur öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Wirtschaft, Band 133)

Floss Franziska – Hofinger Josef – Schauer Reinbert, Altenhilfe – im Heim oder daheim?, Linz 1986 (Schriftenreihe des Instituts für Kommunalwissenschaften und Umweltschutz, Band 76)

Lichtsteiner Hans – Gmür Markus – Giroud Charles – Schauer Reinbert, Das Freiburger Management-Modell für Nonprofit-Organisationen, 9. Auflage, Bern 2020

Schauer Reinbert – Kronlachner Werner, Die Folgelasten der gemeindlichen Investitionen, Linz 1985 (Schriftenreihe des Instituts für Kommunalwissenschaften und Umweltschutz, Band 69)

Schauer Reinbert (Hrsg.), Der kommunale Querverbund aus der Sicht von Theorie und Praxis, Baden-Baden 1989 (Schriften zur öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Wirtschaft, Band 107)

Schauer Reinbert, Öffentliche Betriebswirtschaftslehre – Public Management, Grundzüge betriebswirtschaftlichen Denkens und Handelns in öffentlichen Einrichtungen, 4. Auflage, Wien 2019

Schauer Reinbert, Rechnungswesen in öffentlichen Verwaltungen – Von der Kameralistik zur Integrierten Haushaltsverrechnung auf doppischer Grundlage, 4. Auflage, Wien 2020

Schauer Reinbert, Die österreichische Haushaltsrechtsreform im Lichte der betriebswirtschaftlichen Rechnungstheorie und internationaler Entwicklungen, in: Das öffentliche Haushaltswesen in Österreich (ÖHW), 55. Jg. (2014), Heft 1 – 3, S. 1 – 26

Schauer Reinbert – Andeßner René Clemens – Greiling Dorothea, Rechnungswesen und Controlling für Nonprofit-Organisationen, 4. Auflage, Bern 2015

Wissenschaftliche Kommission „Öffentliche Unternehmen und Verwaltungen“, Leitlinien für die Reform des öffentlichen Rechnungswesens, in: Das öffentliche Haushaltswesen in Österreich (ÖHW), 29. Jg. (1988), S. 59 – 62

Quellennachweise

JKU-Archiv 1: AJKU/A00 Rektorat, Jacket 235, Schreiben Rektor Strasser an Ministerium für Unterricht vom 12.5.1970

JKU-Archiv 2: AJKU/C01 SOWIRE-Dekanat, Protokoll der 18. Sitzung des SOWIRE-Fakultätskollegiums vom 21.1.1971.

JKU-Archiv 3: AJKU/A00 Rektorat, Jacket 235, Begründung Thiemeyer vom 22.2.1971

JKU-Archiv 4: ID_1973-12-04

Der Autor dankt dem Leiter des Universitätsarchivs, Herrn Dr. Wolfgang Reder, für die Informationen zur Gründungsphase des Instituts.

Institutshomepage: <https://www.jku.at/institut-fuer-public-und-nonprofit-management/>

Der Autor

Dkfm. Dr. Reinbert Schauer ist emeritierter ordentlicher Universitätsprofessor für Betriebswirtschaftslehre der öffentlichen Verwaltung und der öffentliche Dienste am Institut für Public und Nonprofit Management an der Johannes Kepler Universität Linz. Von 1979 bis 2012 war er Vorstand des Instituts für Betriebswirtschaftslehre der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen dieser Universität.

E-Mail: reinbert.schauer@jku.at